

N i e d e r s c h r i f t

über die 3. Sitzung des Rates der Stadt Gevelsberg am Donnerstag, 18.03.2021 im Sportzentrum West, Halle A, in Gevelsberg

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Claus Jacobi sind auf ordnungsgemäße Einladung und in beschlussfähiger Zahl anwesend:

- | | |
|------------------|--|
| 1. Klaus-Günter | Bärenfänger |
| 2. Melanie | Bendrich |
| 3. Daniel | Berenbruch |
| 4. Stefan | Biederbick |
| 5. Rainer | Biewald |
| 6. Bernhard | Bösken |
| 7. Christina | Bösken |
| 8. Frank | Burgstett |
| 9. Philipp | Cattepoel |
| 10. Sonja | Dehn |
| 11. Carola | Dreher |
| 12. Ilse | Fehrenkemper-Pfeil |
| 13. Benjamin | Garske |
| 14. Benedict | Grimm |
| 15. Michael | Herschel |
| 16. Wolfgang | Ibing |
| 17. Majid | Iqbal |
| 18. Elke | Kramer |
| 19. Heide | Kuscharski |
| 20. Mirela | Linke |
| 21. Helge | Mannott |
| 22. Alba | Mazzotta-Tiranno |
| 23. Thomas | Schock |
| 24. Ralf | Terjung |
| 25. Gerd | Vollmerhaus |
| 26. Hans-Günther | Adrian |
| 27. Marc | Bogenschneider |
| 28. Dr. Babett | Bolle |
| 29. Nils | Buchartowski (17.24 Uhr, vor Abstimmung zu TOP 3
- 19.14 Uhr, vor Abstimmung zu TOP 25) |
| 30. Wieland | Rahn |
| 31. Annette | Bischoff |
| 32. Gisela | Cappel |
| 33. Susanne | Dippel |
| 34. Achim | Oldenbüttel |
| 35. Wolfram | Thiel |
| 36. Andreas | Vollmer-Weiß |
| 37. Dirk | Rabenschlag |
| 38. Petra | Bremecker |

Es fehlen:

1. Martina	Drucks	(entschuldigt)
2. Michael	Fallenstein	(entschuldigt)
3. Uwe	Spille	(entschuldigt)
4. Falk	Arndt	(entschuldigt)

Von der Verwaltung sind anwesend:

1. Kämmerer	Saßenscheidt	
2. Herr	Remer	
3. Herr	Pfleging	
4. Herr	Knezovic	
5. Frau	Leipholz	
6. Herr	Happe	
7. Frau	Fichtner	
8. Frau	Weihe	- Schriftführerin -

Beginn der Sitzung: 17.05 Uhr

BM Jacobi eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

BM Jacobi stellt fest, dass die Einladung und die Niederschrift der letzten Sitzung allen Ratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen sind und gegen die Niederschrift keine Einwendungen erhoben werden.

BM Jacobi erläutert, dass es gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB notwendig sei, dass der Durchführungsvertrag (Tagesordnungspunkt 20 der Ratssitzung) vor dem Tagesordnungspunkt 18 („VEP 9- Haßlinghauser Straße Aldi“ Satzungsbeschluss) beschlossen werde.

Er schlägt daher vor, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wie folgt zu ändern:

TOP 18 neu: 2. Änderung des Flächennutzungsplanes Haßlinghauser Str. Aldi – Satzungsbeschluss DS 23/2021

TOP 19 neu: Durchführungsvertrag VEP Aldi DS 24/2021

TOP 20 neu: VEP 9 Haßlinghauser Straße Aldi Satzungsbeschluss DS 21/2021

Gegen die Änderungen werden keine Einwendungen erhoben.

BM Jacobi weist auf die ausliegende Tischvorlage Drucksache Nr. 32/2021 „Verpflichtung des Hauptverwaltungsbeamten zur Anzeige von Nebentätigkeiten gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz“ hin, die im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung behandelt wird. Ebenfalls weist er darauf hin, dass die in der Einladung als Tischvorlage ausgezeichnete Drucksache Nr. NT 1/2021 „Beratung und Beschlussfassung zum Etat 2021“ doch schon vorab verschickt wurde.

Er führt aus, dass es in dem Beschlussvorschlag zur Drucksache 23-2021 „2. Änderung des Flächennutzungsplanes – Haßlinghauser Straße Aldi – Satzungsbeschluss“ unter dem Absatz

b) „§ 4 Absatz 2 BauGB“ und nicht Absatz 1 heißen müsse. Dies werde bei der folgenden Beschlussfassung berücksichtigt.

BM Jacobi weist ebenfalls darauf hin, dass während der gesamten Sitzung von allen Teilnehmenden medizinische Masken, auch bei den Redebeiträgen, zu tragen seien.

BM Jacobi gratuliert dem Rats Herrn Biederbick zu seinem Geburtstag und hält ein Präsent für ihn bereit.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen

BM Jacobi berichtet über den Sachstand zur Umsetzung des IEHK 2030.

BM Jacobi verliest eine Mitteilung der Verwaltung zur Auslieferung der bestellten iPads an die Gevelsberger Schulen.

BM Jacobi berichtet dazu über einen Ortstermin beim Gevelsberger Gymnasium und das überaus positive Feedback der Schulleitung und der Elternschaft.

2. Bestätigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen vor.

3. Medienentwicklungsplanung für die Schulen der Stadt Gevelsberg 2021 – 2025 - Drucksache Nr. 215/2020 -

Die Ratsherren Vollmerhaus und Adrian und die Ratsfrau Cappel geben jeweils im Namen ihrer Fraktion ein positives Statement zum Medienentwicklungsplan ab. Vieles sei schon – auch gerade durch Corona - umgesetzt worden, anderes müsse in den nächsten Jahren noch entwickelt und angegangen werden.

Frau Cappel ergänzt, dass auf Dauer große Kosten auf die Stadt zukommen werden, dennoch seien die Schwerpunkte der Planung richtig gesetzt.

Die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden daher dem Beschlussvorschlag zustimmen.

BM Jacobi bedankt sich für die positiven Ausführungen und gibt zu bedenken, dass die Kosten der Digitalisierung zu ca. drei-Viertel bei der Kommune lägen, obwohl „Schule“ als eine Landesangelegenheit konzipiert sei. Er habe das Thema immer wieder auf der Ebenen der kommunalen Spitzenverbände thematisiert.

Dort herrsche parteiübergreifende Einigkeit darüber, dass vom Land viel mehr kommen müsse.

Beschluss:

Dem Rat der Stadt wird vorgeschlagen, die Umsetzung des Medienentwicklungsplans für die Schulen der Stadt Gevelsberg zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**4. Förderschwerpunkt der Ferdinand-Hasenclever-Schule
- Drucksache Nr. 159/2020 -**

Beschluss:

Die Ferdinand-Hasenclever-Schule der Stadt Gevelsberg wird - vorbehaltlich der Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg - ab dem Schuljahr 2021/22 den Zweig "Emotionale und soziale Entwicklung" lediglich in der Primarstufe (Jahrgänge 1 bis 4) anbieten und unterrichten. Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Antrag bei der Bezirksregierung Arnsberg zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**5. Antrag der CDU-Fraktion
hier: Errichtung einer Streuobstwiese auf dem städtischen Grundstück
oberhalb des Berger Sees
- Drucksache Nr. 124/2020 -**

Ratsherr Adrian erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Da der Antrag Corona bedingt erst in dieser Ratssitzung behandelt werde, sei bei Antragstellung das von der Verwaltung vorgelegte Konzept nicht bekannt gewesen. Dann wäre der Antrag insofern anders formuliert gewesen, als dass die Anlage einer Streuobstwiese in dem Konzept Berücksichtigung fände.

BM Jacobi erläutert, dass im letzten Jahr unter großer Bürgerbeteiligung ein Freiraumkonzept erarbeitet wurde. In diesem Bereich sei eine Ergänzung der Wiesenfläche durch Streuobstbäume vorgesehen. Ebenfalls gäbe es aber auch Anregungen für eine Erholungsinfrastruktur.

Fachbereichsleiter Remer erläutert im Anschluss noch einige Punkte des Freiraumkonzeptes. Da noch einmal eine Bürgerbeteiligung stattfinden werde, schlägt die Verwaltung vor, der Bürgerbeteiligung nicht vorzugreifen, sondern den Antrag der CDU-Fraktion insofern zu schieben.

Ratsherr Adrian stimmt dem zu und bittet daher um Änderung des Beschlusses wie unten aufgeführt.

Gegen die Vorgehensweise werden keine Einwendungen erhoben.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Anlage einer Streuobstwiese in den Konzeptvorschlag, der in die Bürgerberatung einfließen soll, aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

6. Antrag der CDU-Fraktion

**hier: Einbau von mindestens zwei aufgepflasterten Fahrbahnschwellen auf der Bremsenstraße zur Reduzierung der Geschwindigkeit dort verkehrender Kraftfahrzeuge
- Drucksache Nr. 125/2020 -**

Ratsherr Adrian erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und erweitert diesen um die Brockenbergstraße.

BM Jacobi berichtet, dass er zu diesem Thema ebenfalls von Anwohnenden der Bremsenstraße angesprochen worden sei. Es habe einen Ortstermin mit Fachbereichsleiter Remer und Herrn Waletzko von den Technischen Betrieben gegeben. Auf der Bremsenstraße gebe es kaum Durchfahrtsverkehr. Für eine Tempo 30-Zone gebe es eine niedrige Durchschnittsgeschwindigkeit. Die Kreispolizeibehörde sage, dass es keine besonderen Unfallschwerpunkte in diesem Bereich gebe. Von der Fachverwaltung komme daher die Bitte, hier keine besonderen Maßnahmen einzuleiten. Er habe der Bürgerschaft das Angebot gemacht, provisorisch und zeitlich begrenzt Fahrbahnschwellen zu Testzwecken zu installieren. Wenn sich dies bewähre, könne darin ein Lösungsansatz liegen.

Ratsherr Bärenfänger stellt den Antrag, die weitere Beratung - auch im Hinblick auf und unter Berücksichtigung vieler anderer problematischer Bereiche im Stadtgebiet, die auch von seiner Fraktion in den letzten Monaten identifiziert worden seien - in den Fachausschuss zu verschieben.

BM Jacobi befürwortet den Vorschlag.

Ratsherr Adrian begrüßt die provisorische Maßnahme und stimmt der Verweisung des Antrages an den zuständigen Ausschuss zu.

Ratsherr Oldenbüttel stimmt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls zu.

Beschluss:

Der Antrag wird an den zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**7. Antrag der CDU-Fraktion
hier: Überprüfung der städtischen Internetseite auf Barrierefreiheit;
Ergänzung bzw. Herstellung fehlende Barrierefreiheit
- Drucksache Nr. 36/2021**

Ratsherr Adrian erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

BM Jacobi führt aus, dass die Homepage der Stadt Gevelsberg in großen Teilen schon barrierefrei sei.

Frau Leipholz stellt dar, dass Menschen mit einer Einschränkung der Sehfähigkeit die Nutzung erleichtert werden solle (Vorlesesoftware). PDF-Dateien seien bislang nicht ausreichend barrierefrei nutzbar. Eine Schulung zu diesem Thema sei vorgesehen. Ebenso biete das kommende Ratsinformationssystem Möglichkeiten zur Optimierung.

Ratsherr Bärenfänger betont, dass Barrierefreiheit eine Selbstverständlichkeit sei, deshalb sei der Antrag als zusätzliche Unterstützung zu sehen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die städtischen Internetseiten auf Barrierefreiheit zu überprüfen. Fehlende Barrierefreiheit wird Zug um Zug ergänzt bzw. hergestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Einführung eines Energie-Controllings
- Drucksache Nr. 211/2020 -**

Ratsherr Oldenbüttel erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

BM Jacobi führt aus, dass die vorgeschlagene Methode nach Meinung der Verwaltung nicht ganzheitlich sei und nicht wirklich auf eine Generierung von Einsparpotentialen ziele. Herr Knezovic arbeite seit einiger Zeit daran, in dieser Sache noch einen größeren Schritt zu gehen.

Betriebsleiter Knezovic stellt die durch die Technischen Betriebe bislang erarbeiteten Maßnahmen dar:

1. Energiecontrolling (Energie-Einsparpotential mind. 5 %): Mit den Maßnahmen Heizungscontracting, Energiecontrolling durch AVU-Stromliefervertrag, Aufgabe von Pumpstationen, Verbrauchserfassung, Teilklimaschutzkonzept für Gebäude und Beleuchtung

2. Betriebsoptimierung (Energie-Einsparpotential von mind. 15 %): z.B. Nutzung der Schließzeiten Schwimm In

3. Investive Maßnahmen (Energie-Einsparpotential von mind. 30 %):

Hallenbeleuchtung Turnhalle Pestalozzi und Sporthalle West, Deckenstrahlheizung Grundschulen Schnellmark und Silschede, Schwimm In, Sanierung Förderschule, Modernisierung Straßenbeleuchtung (beispielhaft)

Herr Knezovic berichtet vom Projekt „ Contracting build the future 2.0“.

Herr Knezovic schlägt als Fazit vor, investive Maßnahmen umzusetzen, die sofort Energie einsparten.

Ratsherr Bärenfänger erläutert die Ansichten der SPD-Fraktion zum vorliegenden Antrag und betont, dass er den Einsatz der sachlichen und personellen Ressourcen an anderer Stelle für den Klimaschutz für sinnvoller erachte.

Ratsherr Oldenbüttel betont, dass es sich bei den im Antrag geforderten Maßnahmen um ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit handle.

BM Jacobi schlägt vor, dass in die weiteren Schritte des aktiven Klima- und Energiemanagements so eingestiegen werden solle, dass über diese Ergebnisse die Berichte auch generiert werden können.

Ratsherr Adrian bekräftigt ebenfalls, dass seiner Meinung nach die Einführung eines solchen Energie-Managements einen enormen personellen Einsatz mit sich ziehe. Der Personaleinsatz solle sich lieber auf die Umsetzung konkreter Maßnahmen beziehen. Die Öffentlichkeit könne auch anhand einer ausgesuchten Immobile informiert werden.

Nach einer weiteren kontroversen Diskussion erfolgt folgende Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, jährlich, ab dem Jahr 2020, einen Energiebericht über die Energie- und Wasserverbräuche der städtischen Liegenschaften, des städtischen Fuhrparks und der Straßenbeleuchtung zu erarbeiten und im Anschluss für Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: bei Zustimmung der Mitglieder der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen
bei Ablehnung der Mitglieder der SPD-Fraktion und der
CDU-Fraktion und des Ratsherrn Vollmer-Weiß

bei Enthaltung des Ratsherrn Rabenschlag
bei Nichtteilnahme von Ratsfrau Bremecker
mehrheitliche Ablehnung

**9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Entwicklung eines Konzeptes „Mehrgenerationenwohnen“ auf dem
Gelände der Feuerwache Körnerstraße
- Drucksache Nr. 212/2020 -**

Ratsfrau Cappel erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ratsherr Bärenfänger nimmt zu dem Antrag Stellung und führt für die SPD-Fraktion aus, dass diese sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf eine bestimmte Nutzungsmöglichkeit festlegen möchte. Es sei jedoch vorstellbar, die vorgeschlagene Nutzungsmöglichkeit durch eine Umformulierung des Antrages insofern zu berücksichtigen, dass ein Mehrgenerationenwohnen bei weiteren Überlegungen Berücksichtigung finden solle.

Ratsherr Adrian erläutert die Sichtweise der CDU-Fraktion zum vorliegenden Antrag und betont, dass dieser zum jetzigen Zeitpunkt als zu früh angesehen werde.

BM Jacobi führt zu den Antrag aus, dass ihm eine umfassende Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung fehle. Die unterschiedlichen gemeinwohlorientierten Ansätze zur Nutzung des Grundstücks sollten gleichberechtigt in einen Wettbewerb eintreten können. Der Vorschlag des Mehrgenerationenwohnens solle als ein mögliches Konzept mit anderen interessanten Konzepten in die Überlegungen einfließen. Die Nachfrage nach dem Grundstück, die damit verbundenen Wünsche und Vorstellungen, seien enorm hoch und vielfältig. Deshalb sei es seiner Meinung nach falsch, die Nutzungsart zum heutigen Zeitpunkt auf ein Mehrgenerationenwohnen schon festzulegen. Besser wäre es, dies als einen interessanten Ansatz in weitere Überlegungen mitzunehmen. Für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung im Sommer 2021 solle ein Zeit- und Verfahrensplan vorgestellt werden, wie es mit der weiteren Entwicklung des Grundstücks und einer eventuellen Vergabe des Grundstücks weitergehen solle. In diese Konzeption werden dann auch Zeitfenster für die Beteiligung der Bürger- und der Nachbarschaft eingeplant. Der Antrag könne dann als ein konzeptioneller Ansatz in diese Überlegungen mitgenommen werden.

Ratsherr Thiel beantragt eine Beratungspause.

Die Sitzung wird in der Zeit von 18.30 bis 18.38 unterbrochen.

Ratsfrau Cappel erklärt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Beschlussänderung einverstanden.

Beschluss:

Der Antrag zum „Mehrgenerationenwohnen“ soll im Verfahrensplan zur Entwicklung des Grundstücks „Alte Feuerwache Gevelsberg“ mit geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**10. Beteiligungsbericht 2019
- Drucksache Nr. 5/2021 -**

Beschluss:

Der Beteiligungsbericht der Stadt Gevelsberg für das Wirtschaftsjahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**11. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen durch den Kämmerer im 4. Quartal 2020
- Drucksache Nr. 8/2021**

Beschluss:

Der Rat nimmt von den bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**12. Bestellung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Gevelsberg in Beiräten, Ausschüssen, Verbänden, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Stadt beteiligt ist.
hier: Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes
- Drucksache Nr. 12/2021**

Beschluss:

1. Der Besetzungsvorschlag der SPD-Fraktion wird zum gemeinsamen Wahlvorschlag erhoben und gewählt wird in die Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes als persönliche Vertretung für Herrn Benjamin Garske anstelle des bisherigen persönlichen Vertreters Herr Andreas Saßenscheidt der persönliche Vertreter Herr Klaus Bärenfänger.

2. Der Besetzungsvorschlag der Verwaltung wird zum gemeinsamen Wahlvorschlag erhoben und gewählt wird in die Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes zum Mitglied anstelle des bisherigen Mitgliedes Bürgermeister Claus Jacobi seine bisherige persönliche Vertretung Andreas Saßenscheidt. Als persönliche Vertretung für das neue Mitglied Herr Andreas Saßenscheidt wird Frau Maike Leipholz gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

13. 7. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Gevelsberg und seiner Ausschüsse
- Drucksache Nr. 35/2021

Beschluss:

Der 7. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Gevelsberg und seiner Ausschüsse, die Ergänzung der Punkte 9 und 10 zu § 6 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

14. Umbesetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung (StUWi)
- Drucksache Nr. 14/2021

Beschluss:

Der Besetzungsvorschlag des Integrationsrates wird zum gemeinsamen Wahlvorschlag erhoben und gewählt werden in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung (StUWi)

- als beratendes Mitglied für den Integrationsrat Herr Luigi Tiranno und als stellvertretendes beratendes Mitglied für den Integrationsrat Herr Seyfullah Köse.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

15. Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen
hier: Breddestraße
- Drucksache Nr. 2/2021

Beschluss:

Gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der zurzeit geltenden Fassung wird die Breddestraße - Gemarkung Gevelsberg Flur 27 Flurstücke 456, 538, Flur 28 Flurstück 962, Flur 29 Flurstück 196 - als Gemeindestraße in der Baulast der Stadt Gevelsberg gewidmet.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**16. Abrechnung der Berchemallee zwischen Burbecker Straße und Silschede Straße zu Straßenbaubeiträgen
Hier: Bildung eines Abrechnungsabschnittes
- Drucksache Nr. 3/2021**

Ratsherr Grimm wirkt an der Beschlussfassung nicht mit.

Beschluss:

Für die Berchemallee zwischen Burbecker Straße und Silschede Straße wird gemäß § 8 Abs. 2 SBS die Bildung eines Abrechnungsabschnittes beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**17. Bebauungsplan Nr. 76 - Ellinghauser Weg
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
- Drucksache Nr. 17/2021**

Ratsherr Oldenbüttel erläutert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Standort für eine Bebauung aufgrund der unter anderem weiteren Verdichtung von Lebensraum für nicht verantwortbar halte. Deshalb könne die Fraktion nicht zustimmen.

Ratsherr Bärenfänger führt an, dass es einen großen Bedarf an Wohnraum für Familien gebe. Es sei natürlich darauf zu achten, dass die Erschließung gut geregelt sei und ökologische Aspekte Berücksichtigung fänden.

Ratsherr Adrian ergänzt, dass auch die CDU-Fraktion die Schaffung von Wohnraum im Einklang mit der Ökologie unterstütze.

BM Jacobi erläutert noch einmal kurz die Entwicklung und Abwägungen des Projektes.

Gegen eine Gesamtabstimmung des Beschlusses werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

a) Der Rat der Stadt Gevelsberg beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 76 Ellinghauser Weg gem. § 2 BauGB für den als Anlage 1 zu dieser DS Nr. 017/2021 beigefügten Geltungsbereich. Der Geltungsbereich liegt in der Gemarkung Silschede, Flur 5 und umfasst die Flurstücke 47, 48, 538 (teilweise), 572, 769 (teilweise), 805, 806, (teilweise), 883, 886, 904, 905 (teilweise) und 957.

b) Der Rat der Stadt Gevelsberg beschließt auf Grundlage des Vorentwurfes (vgl. Anlage 2 zu dieser DS. Nr. 017/2021) sowie der Artenschutzprüfung Stufe I (vgl. Anlage 3 zu dieser DS. Nr. 017/2021) die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB. Die frühzeitige Beteiligung erfolgt in Form einer Planauslegung für einen Monat, mindestens jedoch 30 Tage.

c) Der Rat der Stadt Gevelsberg beauftragt die Verwaltung, zur Vorbereitung einer Flächennutzungsplanänderung, eine landesplanerische Anfrage gem. § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG NRW) beim Regionalverband Ruhr zu stellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung
gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

18. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes im Rahmen der Aufstellung des VEPL 9 – „Haßlinghauser Straße Aldi“

a) Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

b) Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

**c) Feststellungsbeschluss zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans
- Drucksache Nr. 23/2021**

BM Jacobi weist noch einmal auf die Änderung des Beschluss unter b) in § 4 Abs. 2 BauGB hin.

Beschluss: Der Rat der Stadt hat beschlossen:

a) Die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB (s. Anlage 1 zu dieser Vorlage) werden zur Kenntnis

genommen und die Abwägungsvorschläge hierzu (s. Anlage 2 zu dieser Vorlage) beschlossen.

b) Die beigefügten Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB (s. Anlage 3 zu dieser Vorlage) werden zur Kenntnis genommen und die Abwägungsvorschläge hierzu (s. Anlage 4 zu dieser Vorlage) beschlossen.

c) Die als Anlage 5 zu dieser Vorlage beigefügte 2. Änderung des Flächennutzungsplanes im Rahmen der Aufstellung des VEPL 9 – „Haßlinghauser Straße Aldi“ wird nebst der Begründung (s. Anlage 6 zu dieser Vorlage) sowie des Umweltberichts (s. Anlage 7 zu dieser Vorlage) beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Flächennutzungsplanänderung der zuständigen Regionalplanungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen und die Genehmigung bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

19. VEPL 9 „Haßlinghauser Straße ALDI“ - Durchführungsvertrag - Drucksache Nr. 24/2021

Beschluss: Der Rat der Stadt hat beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den beigefügten Durchführungsvertrag nach § 12 BauGB (s. Anlage 1 zu dieser Vorlage) unter der Voraussetzung mit dem Vorhabenträger abzuschließen, dass sich bei den im Vertrag aufgeführten Anforderungen zur Durchführung des Vorhaben- und Erschließungsplans VEPL Nr. 9 – „Haßlinghauser Straße Aldi“ keine vertragswesentlichen Änderungen mehr ergeben. Bei vertragswesentlichen Änderungen erfolgt eine erneute Beschlussvorlage durch die Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

20. VEPL 9 – Haßlinghauser Straße Aldi – Satzungsbeschluss

a) Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

b) Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

c) Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m § 4a Abs. 3 BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

d) Satzungsbeschluss

- Drucksache Nr. 21/2021

Beschluss:

a) Die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB (s. Anlage 1 zu dieser Vorlage) werden zur Kenntnis genommen und die Abwägungsvorschläge hierzu (s. Anlage 2 zu dieser Vorlage) beschlossen.

b) Die beigefügten Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB (s. Anlage 3 zu dieser Vorlage) werden zur Kenntnis genommen und die Abwägungsvorschläge hierzu (s. Anlage 4 zu dieser Vorlage) beschlossen.

c) Die beigefügten Stellungnahmen aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB und die Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der erneuten Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB (s. Anlage 5 zu dieser Vorlage) werden zur Kenntnis genommen und die Abwägungsvorschläge hierzu (s. Anlage 6 zu dieser Vorlage) beschlossen

d) Der als Anlage 7 zu dieser Vorlage beigefügte Vorhaben- und Erschließungsplan VEPL Nr. 9 „Haßlinghauser Straße Aldi“ wird als Satzung nebst seiner Begründung inkl. Umweltbericht (s. Anlage 8 zu dieser Vorlage) sowie der schalltechnischen Untersuchung (s. Anlage 9 zu dieser Vorlage), der Baugrunduntersuchung (s. Anlage 10 zu dieser Vorlage), dem Überflutungsnachweis (s. Anlage 11 zu dieser Vorlage), dem Verkehrsgutachten (s. Anlage 12 zu dieser Vorlage) sowie der Auswirkungsanalyse (s. Anlage 13 zu dieser Vorlage) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

- 21. Änderung der Satzung der Stadt Gevelsberg über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Obdachlosenunterkünften vom 26. November 2003 (Benutzungsgebühren und Betriebskosten 2021)
- Drucksache Nr. 18/2021**

Beschluss:

Der Nachtrag zur Satzung der Stadt Gevelsberg über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Obdachlosenunterkünften vom 26. November 2003 zur Festlegung der zu erhebenden Benutzungsgebühren und Betriebskosten ab 01.04.2021 wird in der Fassung der beigefügten Anlage 1 auf der Grundlage der in Anlagen 2 bis 5 aufgeführten Kostenrechnung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**22. Änderung der Satzung der Stadt Gevelsberg über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge vom 11. September 1997 (Benutzungsgebühren und Betriebskosten 2021)
- Drucksache Nr. 19/2021**

Beschluss:

Der Nachtrag zur Satzung der Stadt Gevelsberg über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge vom 11. September 1997 zur Festlegung des Gebührensatzes ab 01.04.2021 sowie der zu erhebenden Betriebskosten für das Jahr 2021 ab 01.04.2021 wird in der Fassung der beigefügten Anlage 1 auf der Grundlage der in den Anlagen 2 - 6 aufgeführten Kostenrechnungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**23. Beitritt der Stadt Gevelsberg zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“
- Drucksache Nr. NT 63/2020**

BM Jacobi verweist auf den Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die sich daraus ergebende Entwicklung dieses Nachtrages. Er stellt dar, dass es sich bei dem unter 2. aufgeführten Vorschlag um unmittelbare humanitäre Hilfe handle.

Ratsherr Thiel bedankt sich für den vorgelegten Beschlussvorschlag.

Ratsherr Buchartowski begrüßt den Beschlussvorschlag, bittet aber um Auskunft zur Rechtsnatur der Potsdamer Erklärung.

Fachbereichsleiter Pfleging erläutert, dass der Beitritt in erster Linie ein politischer Beitritt sei. Die Verpflichtung erkläre man nicht gegenüber dem Bündnis, sondern beispielsweise gegenüber der Bezirksregierung in Bezug auf

die Verteilung der Flüchtlinge. Die Ziffern 1 und 2 seien unabhängig voneinander.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Gevelsberg unterstützt die Potsdamer Erklärung vom 03.06.2019 und erklärt damit den Beitritt zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“. Der Bürgermeister der Stadt Gevelsberg wird beauftragt, die in der Potsdamer Erklärung formulierten Appelle und Mitteilungen an die Bundes- und Landesregierung zu senden.
2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Gevelsberg bereit ist, eine zusätzliche Familie oder zwei unbegleiteten Minderjährige zusätzlich aufzunehmen, die sich in katastrophalen und inhumanen Zuständen befinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung
bei Enthaltung des Rats Herrn Vollmer-Weiß

**24. Abschluss einer interkommunalen Vereinbarung zur Adoptionsvermittlung
- Drucksache Nr. 37/2021**

Beschluss:

Dem beigefügten Entwurf der interkommunalen Vereinbarung zur Bildung einer Adoptionsvermittlungsstelle wird zugestimmt und die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**25. Beschluss der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen der Stadt Gevelsberg für das Haushaltsjahr 2021
Beschluss über den Stellenplan der Stadt Gevelsberg für das Jahr 2021
Beschluss über den Wirtschaftsplan und die Finanzplanung der Technischen Betriebe der Stadt Gevelsberg für das Wirtschaftsjahr 2021
Kenntnisnahme des Jahresabschlusses der Schwimm in Betriebs GmbH für das Wirtschaftsjahr 2019
- Drucksache Nr. NT 1/2021**

Die Vorsitzenden der Fraktionen halten ihre vereinbarten traditionellen Haushaltsreden.

Die Reden von Rats Herrn Bärenfänger für die SPD-Fraktion, Rats Herrn Adrian für die CDU-Fraktion und Rats Herrn Thiel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss gibt Ratsherr Rabenschlag sein ablehnendes Statement zum Haushalt ab.

Ratsfrau Bremecker lobt in ihrem Redebeitrag, dass seitens der Verwaltung auf die Pandemie technisch schnell reagiert wurde. In dieser Zeit sei es auch wichtig, dass überfraktionell Einigkeit bestehe. Sie wünsche sich mehr Hilfsbereitschaft und habe auch den Wunsch nach mehr Zusammenhalt im Rat.

BM Jacobi bedankt sich bei Frau Bremecker für die emotionalen Worte.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2021 wird gemäß § 80 Abs. 4 der Gemeindeordnung NRW mit den Veränderungen beschlossen, die sich nach der Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der von der Verwaltung vorgelegten neuesten Änderungsliste ergeben.

Der Stellenplan für das Jahr 2021 wird entsprechend dem beigefügten Entwurf beschlossen.

Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung der Technischen Betriebe der Stadt Gevelsberg mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2021 werden entsprechend dem eingebrachten Entwurf sowie der beigefügten Stellenübersicht beschlossen.

Der Jahresabschluss der Schwimm in Betriebs GmbH für 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Rat und Verwaltung sind sich darüber einig, dass die Maßnahmen des in den Vorjahren aufgestellten Haushaltssicherungskonzeptes weiterhin Beachtung finden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung
mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion
und des Ratsherrn Vollmer-Weiß
gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und des Ratsherrn Rabenschlag
bei Enthaltung der Ratsfrau Bremecker

26. Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

27. Fragen von Ratsmitgliedern

Ratsherr Adrian bittet um den Sachstand zum Baufortschritt offene Ganztagschule Teichstraße.

Fachbereichsleiter Pfleging erläutert, dass zur Zeit zum Beispiel Planungen zum Innenausbau liefen und gehofft werde, dass das Objekt Mitte 2022 fertig sei.

Ratsfrau Cappel hält für BM Jacobi einen Kinderspieleimer mit Spielsand bereit. Sie möchte damit darauf hinweisen, dass sie über den Haushaltsansatz zur Entsorgung des Sandes im Beachvolleyballfeld gestolpert sei, der eine sachgerechte Entsorgung beinhalte. Sie bat um Prüfung, ob der Sand wiederverwertet werden könne. Ebenfalls gehe die Anfrage auch an die höheren politischen Gremien.

BM Jacobi stellt die „Spielsandempfehlung für Kinderspielplätze“, die nur für Kinderspielflächen gelte, dar. Er weist darauf hin, dass eine Ausgabeposition für die Entsorgung vorgehalten werden müsse, falls ein Gutachten eine Kontaminierung nachweise.

Ebenfalls kritisiert er die oft schwer nachvollziehbaren gesetzlichen Regelungen und bekräftigt einen verantwortungsvollen Umgang mit den vorliegenden Ressourcen.

Ratsherr Oldenbüttel bittet um Sachstand zur Kreuzung Rad-Gehweg Kölner Straße.

Fachbereichsleiter Remer führt aus, dass an der besagten Stelle die Beschilderung geändert worden sei. Eine Planung, den ehemaligen Untergraben des Kruinertunnels zu nutzen, sei mit Straßen NRW angesprochen worden. Dies sei aber eine langfristige, kostenintensive Maßnahme. Eine Förderung sei aktuell abgelehnt worden. Die Verwaltung werde sich weiter darum bemühen.

Verlesen in der Ratssitzung
am 18.3.2021 - öffentlich - Top 1

Mitteilung Ratssitzung am 18.03.2021

Sachstandsbericht Umsetzung IEHK Gevelsberg 2030

Vendömer Platz:

Die Ausschreibung der Baumaßnahme zum Vendömer Platz ist seit Mitte Februar veröffentlicht. Submissionstermin ist der 24. März 2021. Soweit wirtschaftliche Angebote abgegeben werden, ist die Vergabe im Rahmen eines Dringlichkeitsbeschlusses des Betriebsausschusses geplant. Die Bindefrist für die Angebote endet am 16. April 2021, was bedeutet, dass bis zu diesem Termin die Auftragsvergabe vollzogen sein muss. Der Ausführungsbeginn ist ebenfalls für den 16. April 2021 terminiert. Derzeit sieht die Zeitplanung die Fertigstellung der kompletten Platzfläche bis Mitte 2022 vor.

Verfügungsfonds und Fassadenprogramm:

Im Dezember hat der Rat der Stadt Gevelsberg den Geltungsbereich sowie die Richtlinien für den Verfügungsfonds und das Fassadenprogramm Gevelsberg Innenstadt beschlossen. Fristwährend hat die Verwaltung Anfang Januar diese Unterlagen als Nachträge zum Städtebauinvestitionsprogramm 2021 bei der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg eingereicht. Nach Rücksprache mit der zuständigen Sachbearbeiterin haben in der Zwischenzeit die Einplanungsgespräche zwischen der Bezirksregierung und dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung des Landes NRW stattgefunden. Mit einer Veröffentlichung der Städtebaufördermaßnahmen für das Jahr 2021 durch das Ministerium wird Anfang/Mitte April 2021 gerechnet.



Remer

Verlesen in der Ratssitzung
am 18.03.2021
-öffentlich- Top 1

F1.5/Hp

16.03.2021

Mitteilung für die Sitzung des Rates am 18.03.2021, öffentlich
Titel: Auslieferung der bestellten iPads an die Gevelsberger Schulen

Die Stadtverwaltung Gevelsberg hat die aus dem Soforthilfeprogramm des Landes bestellten iPads erhalten. Insgesamt werden 255 Geräte für Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen verteilt. Für bedürftige Schülerinnen und Schüler erhalten die Schulen insgesamt 400 weitere Geräte. Die Geräte werden eingerichtet und an die Schulen verteilt.



Dietmar Happe

Radsherr Bärenfänger
SPD-Fraktion
Ratssitzung am 18.03.2021

Rede Haushalt 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein besonderer Haushalt in einer besonderen Zeit. Die Corona-Pandemie hat uns seit über einem Jahr fest im Griff mit erheblichen und zum Teil dramatischen Auswirkungen in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein. Bis heute über 2,6 Millionen Tote weltweit sind zu beklagen. Fast 80.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger allein in Deutschland sind an Corona verstorben und ihren Hinterbliebenen ist zu gedenken. Daneben die Existenzsorgen der Selbständigen und von Kurzarbeit und Jobverlust betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Corona hat die Schere zwischen Arm und Reich nochmals dramatisch weiter geöffnet. Die sogenannten Superreichen konnten in 2020 ihre Vermögen verdoppeln, der Aktienhandel machte es möglich. Gleichzeitig blicken aber auch viele Menschen zunehmend sorgenvoll in ihre persönliche und wirtschaftliche Zukunft. Hier müssen wir als Kommunalpolitik mit unseren Möglichkeiten gegensteuern. Neben dem aktuellen Krisenmanagement, welches in Gevelsberg gut gelingt, müssen wir mittel- und langfristig die Möglichkeiten zur Unterstützung der benachteiligten Familien noch intensiver weiterentwickeln. Mit der sich weiterverbreitenden Kinderarmut werden wir uns nicht abfinden!

Meine Damen und Herren,

wir haben in den letzten Jahren eine Reihe von Großprojekten und zukunftsweisende Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept für die Innenstadt 2030, die neue Feuerwache, die Freibadsanierung, der Ausbau des Fahrradwegenetzes, das Ruprecht-Gebäude und die Entwicklung der Stadtteile möchte ich beispielhaft und besonders benennen. Daran müssen und werden wir weiterarbeiten, trotz durch Corona nicht einfacher werdender Haushaltslage. Die Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen ist hier als erstes zu benennen, weil es federführend in unsere kommunalpolitische Verantwortung fällt. Die Gevelsberger Schulen sind schon gut aufgestellt. Viel wurde im Verlauf der letzten Jahre in die Sanierung der Gebäude investiert. Aktuell steht die Digitalisierung im Fokus, was auch durch die Corona-Dynamik befördert wird. Im Rahmen des Medienentwicklungsplanes werden Maßnahmen in einer Größenordnung von 4,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, wovon lediglich 1 Millionen durch Bundes- und Landesmittel gedeckt sind. Eine hervorragende Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler unserer Stadt und damit auch für unsere Zukunft. Wir dürfen uns aber nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern müssen die Herausforderungen der nahen Zukunft weiter gestalten. Steigende Geburtenzahlen in den vergangenen Jahren führten bereits zu einem Ausbau der Kindertagesbetreuung in unserer Stadt. Durch den Neubau von vier Kindertageseinrichtungen und die Weiterentwicklung der Kindertagespflege können wir heute nahezu jedem Kind ein gewünschtes Platzangebot machen, was wir ebenso als großartige Leistung herausstellen können. Die Welle der geburtenstarken Jahrgänge geht zwangsläufig dann später in die Schulen über. Wenn dann demnächst noch der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in Grundschulen hinzukommt, was nahezu feststeht, dann weiß jeder, wir brauchen Platz und Qualität in der Betreuung. Es gibt viel zu tun, stellen wir uns den Herausforderungen.

Meine Damen und Herren,

die Gevelsberger Schulen waren und sind und werden auch in Zukunft ein wichtiger Anteil unserer kommunalpolitischen Verantwortung bleiben. Daneben werden wir selbstverständlich auch in den vielen anderen Bereichen der Kommunalpolitik die Zukunftsgestaltung vorantreiben. Ich kann an dieser Stelle nur kurz einige weitere Projekte benennen: die Sportstättenentwicklung, die Spielflächenentwicklung, die Entwicklung der Jugendarbeit und des Jugendzentrums, die Verkehrsentwicklung, den Klimaschutz, die Gewerbeentwicklung, das Grundstücks- und Gebäudemanagement und die bereits erwähnten Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut. Die Beteiligung der Betroffenen an allen Ziel- und Maßnahmenprozessen ist uns dabei besonders wichtig. Es gibt, wie immer, viel zu tun. Unser Anspruch ist eine moderne und zukunftsorientierte Dienstleistung.

Dafür braucht es auch eine kompetente und leistungsstarke Verwaltung mit ausreichend sächlichen und personellen Ressourcen. Der Fachkräftemangel ist ja hinlänglich bekannt. Eine Reihe von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen geht in den Ruhestand. Wir müssen aufpassen, dass die gute Qualität in unserem Rathaus erhalten bleibt. Das Personalmanagement ist selbstverständlich Kerngeschäft des Verwaltungsvorstandes. Aber auch wir als Rat werden, wo möglich und erwünscht, unterstützen und zumindest die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, denn es liegt auch in unserer politischen Verantwortung, dass die Verwaltung leistungsfähig bleibt.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die von mir angerissenen Punkte zeigen, dass es immer neue Herausforderungen gibt, aktuell auch zusätzlich durch die Corona-Krise besonders kompliziert und zusätzlich belastet. Bei allen Schwierigkeiten in diesen Wochen einen aussagekräftigen Haushalt zu erstellen, ist eine außergewöhnliche Leistung insbesondere der Kämmerei. Die Kraftanstrengung wird sich leider auch bei der Erstellung der nächsten Haushaltspläne fortsetzen. Wir werden auch in Zukunft viel Geld in die Hand nehmen müssen, um unser Gemeinwesen fit zu halten, und an der einen anderen Stelle noch fitter zu machen. Es gibt aber keine Alternative dazu und die Menschen in unserer Kommune werden dies zurecht von uns verlangen.

Davor braucht sich Gevelsberg nicht zu verstecken, sondern es hat als wichtiges Zentrum im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis allen Grund mit breiter Brust proaktiv voranzugehen! Dafür steht die SPD-Fraktion!

Meine Damen und Herren,

abschließen will ich mein kurzes Statement mit einem ausdrücklichen Dank im Namen der SPD-Fraktion an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung für die in den vergangenen Monaten geleistete sehr gute Arbeit. Der Dank geht ganz besonders an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch das Corona-Geschehen enorm gefordert waren und immer noch sind. Überhaupt geht der ausdrückliche Dank an alle Menschen in unserer Gesellschaft, die in Ihren Berufen und Ehrenämtern in der Bewältigung der Pandemie Großartiges geleistet haben und entsprechende Risiken eingegangen sind.

Vielen Dank.

Klaus Bärenfänger, 18.03.2021

Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2021 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 18. März 2021

- Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Frau Thomaschewski von der Presse, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne,
- eine Haushaltsberatung findet mit dem heutigen Ratsbeschluss ihr Ende, die es in dieser Form noch nicht gegeben hat.
- Zum einen schreiben wir heute bereits den 18. März, zum anderen ist der Haushalt in einer Geschwindigkeit durch die Fachausschüsse und den Hauptausschuss gegangen, die wir so auch noch nicht erlebt haben.
- Das alles nicht deshalb, weil wir uns das so gewünscht und für gut befunden haben, sondern weil wir durch die alles beherrschende Pandemie dazu gezwungen worden sind.
- Ich weiß nicht, ob es Ihnen auch so geht wie mir, durch Corona sind andere Themen in den Fokus gerückt.
- Politische Arbeit ist stark erschwert, Präsenztermine finden nur noch im Ausnahmefall statt.
- Das macht es für uns alle nicht einfacher, ZOOM-Konferenzen ersetzen den persönlichen Kontakt nur unvollkommen.
- Und über Plexiglasscheiben, Mindestabstand der Tische und FFP2-Masken will ich an dieser Stelle nicht reden, außer, dass diese Maßnahmen absolut notwendig sind.

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2021 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 18. März 2021

- Corona hat uns alle fest im Griff, das gilt sowohl für unsere politische Arbeit als auch für die Verwaltung.
- Eine Corona-Schutzverordnung jagt die nächste, gerne freitagsmittags übermittelt und spätestens montags morgens umzusetzen.
- Unsere Bundeskanzlerin gibt auf der Bundespressekonferenz die neuesten Regelungen bekannt, die sie in Absprache mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten getroffen hat.
- Dort sind die Stühle noch nicht kalt, da treten schon die ersten Landesfürsten vor die Kameras und erklären, warum sie diese oder jene Absprache nicht oder ganz anders umsetzen.
- Man kann die Uhr danach stellen, spätestens eine Stunde später tritt Herr Lindner auf und erklärt, dass alles, was veranlasst wurde, grundfalsch ist.
- Und abends beglückt uns ein Aufgebot der immer gleichen Gesundheitsexperten aus Politik und Medizin mit teils widersprüchlichen Thesen.
- Das alles, meine Damen und Herren, trägt nicht dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Politik und das Handeln unseres Staates haben.
- Querdenker-Demos, gespickt mit einer kruden Mischung aus Verschwörungstheoretikern, Staatsgegnern und Aluhut-Trägern zeugen davon.

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2021 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 18. März 2021

- Dazu kommt noch, dass vieles von dem, was unser Land über viele Jahrzehnte ausgezeichnet hat, in der Pandemie offenbar über Bord geworfen wurde.
- Organisation, Sorgfalt und eine ruhige, unaufgeregte Handlungsweise fehlen allerorts, siehe Beschaffung des Impfstoffs, Vergabe von Impfterminen usw..
- Auf den aktuellen Maskenskandal kann ich an dieser Stelle nicht näher eingehen, dazu fehlen mir schlichtweg die Worte.
- Oftmals ist die kommunale Ebene, die den unmittelbaren Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern hat, als unterste Ebene unseres Staatswesens gezwungen, pragmatische Lösungen zu finden.
- Dies geschieht mit einem großen Aufwand, sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht.
- Die Kommunen sind die Institution, auf die sich die Menschen in unserem Land verlassen müssen und auch können. Dies gilt sowohl für die Exekutive als auch für die Legislative.
- Franz Müntefering hat es auf einem Gevelsberger Jahresempfang treffend so beschrieben: „Lokalpolitik ist der Ernstfall der Demokratie“.

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2021 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 18. März 2021

- Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen,
- der uns heute vorliegende Haushalt birgt für die CDU-Fraktion viele Fragezeichen und Anlass zur Kritik. Aus unserer Sicht noch zu viel Beton und zu wenig Digitalisierung.
- Um es plakativ zu sagen: Über das Pflastern eines Parkplatzes brauchen Sie mit uns nicht zu reden, solange nicht jedes Schulkind über ein digitales Endgerät verfügt, solange nicht jeder Klassenraum ein starkes W-LAN hat.
- Dennoch sind wir der Auffassung, dass in der aktuellen Lage nicht die Zeit für politische Grabenkämpfe ist.
- Die Gevelsbergerinnen und Gevelsberger haben einen Anspruch darauf, dass wir zusammenstehen, um die Corona-Lage so gut wie nur irgend möglich bewältigen.
- Nur dann werden wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen können.
- Deshalb wird die CDU-Fraktion dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf zustimmen.
- Wir erwarten, dass wir nach der Pandemie die Eckpfeiler der Pläne für die nächsten Jahre noch einmal auf den Prüfstand stellen.
- Gevelsberg wird sich durch Corona verändern. Wo, wie weit und in welche Richtung vermag zum jetzigen Zeitpunkt niemand zu sagen. Wir nicht und Sie auch nicht.

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2021 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 18. März 2021

- Zur Tagesordnung übergehen dürfen wir nicht, das wäre aus unserer Sicht unverantwortlich.
- Ein „weiter so“ darf es nicht geben.
- Vielen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2021

- es gilt das gesprochene Wort -

Bündnis 90/Die Grünen, Fraktionsvorsitzender Wolfram Thiel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits ausgeführt, haben sich die Fraktionsvorsitzenden abgesprochen, ihre Reden auf etwa 5 Minuten zu begrenzen. Daher werde ich mich auf einige für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wesentliche Punkte beschränken.

Aufgrund der nunmehr seit einem Jahr andauernden, besonderen Belastung durch die Corona-Pandemie, möchte ich einen Punkt, den ich normalerweise am Schluss meiner Rede erwähne, diesmal an den Anfang stellen. Auch im Namen der Grünen-Fraktion möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Technischen Betriebe sowie des „Schwimm ins“ für die geleistete Arbeit bedanken.

Bei der Betrachtung des Haushaltsentwurfs fiel als erstes auf, dass sich auch 2021 ein erhebliches Defizit in Höhe von rund 3,3 Millionen Euro ergibt, sowie die Höhe des Investitionsvolumens von 36 Millionen Euro, welche zu einer Kreditaufnahme von fast 30 Millionen Euro führen wird. Die dabei hauptsächlich geplanten Investitionen in den Abschluss des Neubaus der Hauptfeuerwache, die Umgestaltung des Vendôme Platzes sowie der Freibadsanierung werden von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr unterschiedlich bewertet.

Den Neubau der Hauptfeuerwache haben die Grünen immer befürwortet. Allerdings sei einmal angemerkt, dass es wie bei vielen Investitionen zu einer erheblichen Kostensteigerung von der Planung mit ca. 12 Millionen Euro auf nunmehr 18,5 Millionen Euro gekommen ist.

Auch der Umgestaltung des Vendôme Platzes hat die Grüne Fraktion grundsätzlich zugestimmt. Neben den zu erwartenden Kosten ist uns dabei insbesondere die Aufenthaltsqualität wichtig. Diese hat für uns viel mit der Begrünung zu tun, darauf wurde und wird von uns weiterhin besonders geachtet.

Hinsichtlich der Kosten der Freibadsanierung hatte die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zusammen mit der CDU und der FWG/FDP Fraktion im

letzten Jahr beantragt, die Planung zu überdenken und Kosten einzusparen, was von der SPD-Mehrheit abgelehnt wurde. Für die Bündnisgrünen stellt sich zum Beispiel die Frage, ob tatsächlich ein neues Gebäude allein für die Freibad-Gastronomie sinnvoll ist. Die Kosten sind bereits von ursprünglich 8 Millionen Euro auf aktuell geplante 11,5 Millionen Euro angestiegen. Hinzu kommen dann ja auch noch weitere Kosten für Kreditzinsen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Diskussionsgegenstand bei den letzten Haushaltsberatungen war unter anderem, welche Investitionen kreditfinanziert werden sollten. Die geschätzten Kosten für das Rupprecht-Gebäude lagen bei 26 Millionen Euro, wobei dieser Betrag lediglich eine Untergrenze darstellt und bei den zu erwartenden hohen Baukosten tatsächlich erheblich darüber liegen wird.

Bei einer voraussichtlichen Nutzungsdauer von 30 Jahren, die mit erheblichem Sanierungsaufwand möglicherweise auf 50 Jahre erhöht werden kann, stellt sich nicht nur für die Grünen die Frage, ob ein Neubau eines wahrscheinlich besser geeigneten Gebäudes an dieser oder anderer Stelle nicht wirtschaftlich sinnvoller ist. Aus den genannten Gründen hatte die Grüne Fraktion den Ankauf des Rupprecht-Gebäudes zum Angebotspreis auch abgelehnt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als eines der wichtigsten Zukunftsthemen hat Bürgermeister Jacobi in seiner Haushaltsrede den Umwelt- und Klimaschutz erwähnt. Was den Bereich des Natur- und Umweltschutzes angeht, sind aber im Haushalt - wie schon seit Jahren - kaum Ansätze zu finden.

Der Bereich des Klimaschutzes geht für die Bündnisgrünen auf jeden Fall weit über die vom Bürgermeister in diesem Zusammenhang erwähnten Sanierungen eigener Gebäude hinaus. Um die im „Integrierten Klimaschutzkonzept“ aufgeführten Ziele bis 2030 zu erreichen, müssen auf vielen verschiedenen Ebenen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Besonders die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer müssen motiviert werden, bei Sanierungen die Dämmung und zukunftsorientierte Heizsysteme stärker zu berücksichtigen. Dafür benötigen sie mehr Unterstützung. Das ist natürlich seitens der Stadtverwaltung nicht nur nebenbei zu leisten. Wie bereits seit Jahren weise ich erneut darauf hin, dass es entsprechender Personalressourcen bedarf, um die mit dem Klimaschutzkonzept beschlossenen Maßnahmen wirksam umsetzen zu können und die darin formulierten CO₂-Einsparungsziele zu erreichen.

Hinsichtlich des bereits in meiner letzten Rede angesprochenen, unnötigen Flächenverbrauchs, kritisieren wir aktuell die Planung des Neubaugebietes Ellinghauser Weg und neben dem interkommunalen Gewerbegebiet Auf der Onfer auch die Erweiterung des Gewerbegebietes in Silschede-Süd am Kalthofs Park und die damit einhergehende Versiegelung. Da die Ratsmehrheit dafür ist bzw. sein wird, sollte entweder eine Dachbegrünung oder Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern vorgegeben werden. Auch bei der Sanierung von Bestandsgebäuden sollte die Stadtverwaltung bei den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern für Photovoltaik bei Dachsanierungen werben und selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Ein weiteres bedeutendes Thema ist der Mobilitätswandel: Bei den innerstädtischen Planungen müssen auch die Interessen von Rad fahrenden und zu Fuß gehenden Personen besonders berücksichtigt werden. Nicht nur überregionale Radverbindungen, wie der von Straßen NRW gebaute Elbschetalradweg, sind für die Grünen von besonderer Bedeutung.

Die Ausstattung unserer städtischen Schulen ist ein weiteres Zukunftsthema. Nachdem in den letzten Jahren bereits 2,15 Millionen Euro aus dem noch von Rot-Grün beschlossenen Landesprogramm „Gute Schule 2020“ investiert wurden, steht aktuell die Digitalisierung der Schulen im Vordergrund. Hier ist die Stadt Gevelsberg mit dem heute beschlossenen Medienentwicklungsplan 2021 bis 2025 auf einem guten Weg. Auch ein kurzfristiges Konzept zu Belüftungsanlagen halten wir im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Schulen für erforderlich. Bei den digitalen Angeboten der Stadtverwaltung gibt es derzeit noch sehr viele Baustellen. Das Ratsinformationssystem, welches immer noch sehr zu wünschen übrig lässt, ist dabei nur ein Beispiel.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

eine geplante Kreditaufnahme von fast 30 Millionen Euro, wird von uns nicht mitgetragen. Der Stand der Liquiditäts- also Überziehungskredite liegt Ende 2020 bereits bei rund 24 Millionen Euro und für die Jahre 2021 bis Ende 2024 wird eine weitere Aufnahme in Höhe von mehr als 21 Millionen Euro prognostiziert.

Außerdem wird sich das Eigenkapital im genannten Zeitraum voraussichtlich um mehr als 12 Millionen Euro verringern.

Die Grüne Fraktion legt Wert auf eine verantwortungsbewusste, nachhaltige Finanzplanung und auf eine Schuldenpolitik, die gegenüber unseren Nachkommen noch vertretbar ist.

Aus den genannten Gründen wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Haushaltsatzung 2021 daher **nicht** zustimmen

Ich bedanke mich bei allen Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit.